

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1924

494 (15.11.1924) Morgenausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Handels-Zeitung

Verbreiteste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Samstag den 15. November 1924.

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1,30 M. im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1,20 M. Durch die Post monatlich 2,00 M. auswärts 2,10 M. Einzelpreise: Verlags-Nr. 10 10 Pf., Sonntags-Nr. 15 15 Pf. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer die Anforderte bei Verlust oder Nichterscheinen der Zeitung, Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. auf den Monatsbeginn angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 10. Spalte 1/2 Zeile 1/20 Goldmark, auswärts 1/15 Goldmark. Stellenangebote, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen ermäßigter Preis. Reklame-Beile 1,50 Goldmark, an erster Stelle 2.- Goldmark. Bei Wiederholung tariflicher Rabatt der bei Nichterhaltung des Textes, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konfuzen außer Kraft tritt.

Steuern und Verlags von Ferdinand Ziermann, Chefredakteur Dr. Walter Schneider, Verantwortlich für das Politische, Dr. Schöner, für den Wirtschaftspolitischen, Dr. Brinner, für den auswärtigen Politischen, Dr. Kimmig, für den kommunalpolitischen und Sport, Dr. Koberauer, für Nachrichten aus Stadt und Land, Dr. Probst, für die Kultur, Emil Belauer, für Drey und Sport, Dr. Gerle, für die Handelsnachrichten, Dr. Weib, für die Anzeigen, Dr. Winkler, für die Anzeigen, Berliner Redaktion: Dr. Kurt Weiser, Fernsprecher: 4050/4051/4052/4053/4054 Geschäftsstelle: Kirchgasse 11, 6800, 6. Etage, nach Rottenthorre u. Markt, Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8850, Botschaft: Das Leben im Bild, Volk u. Heimat, Unterhaltung u. Wissen, Romanblatt, Sportblatt, Frauenzeitung, Sonderdruck und Kleinanzeigen

Der Kampf um die Reparationsabgabe.

Berichterstattung Trendelenburgs in Berlin.

m. Berlin, 14. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung, Staatssekretär von Trendelenburg, der Führer der deutschen Wirtschaftsdelegation in Paris, trifft Freitag abend in Berlin ein und wird voraussichtlich schon am Samstag vormittag in einer Kabinettsitzung über den Stand der Verhandlungen berichten. Staatssekretär von Trendelenburg ist auf Veranlassung der deutschen Regierung nach Berlin gekommen, da die Verhandlungen in Paris auf einem Punkt angelangt sind, der eine persönliche Stellungnahme mit der Reichsregierung notwendig macht. An den sensationellen Nachrichten der Pariser Presse ist so viel wahr, daß tatsächlich die Frage der 26-prozentigen Reparationsabgabe den Ausgangspunkt zu den Schwierigkeiten bildet. Daneben aber bestehen noch andere Schwierigkeiten, die auf den Widerstand der französischen Wirtschaftskreise zurückzuführen sind. An amtlicher deutscher Stelle hat man sich bisher über den Stand der Verhandlungen ausgesprochen und sogar betont, keinen Anlaß zur Stellungnahme zu haben, da die Presseberichterstattungen keinesfalls die Ansicht der französischen Regierung wiedergeben könnten und offenbar auf französische Interessentkreise zurückzuführen sind. Eine von Havas offiziös verbreitete Mitteilung über den Stand der Verhandlungen müßte aber die Reichsregierung endlich veranlassen, die gegenseitigen Abmachungen des Stillstehens etwa sinngemäß auszuführen. Havas behauptet nämlich, die französische Regierung habe es abgelehnt, daß Frankreich gegen Gewährung von Zollbonifikationen darauf verzichten solle, die 26-prozentige Abgabe auf deutsche Exportwaren zu erheben.

Nach unserer Kenntnis der Dinge darf diese einseitige Darstellung nicht unüberprüft bleiben. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die 26-prozentige Reparationsabgabe für Frankreich in Widerspruch zu den Abmachungen von London steht und daß sich der deutsche Standpunkt in dieser Angelegenheit nicht geändert hat. Daß Frankreich durch derartige Maßnahmen die Wirtschaftsverhandlungen außerordentlich erschwert, und daß man auf deutscher Seite bemüht ist, sich mit Frankreich gütlich zu einigen, ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist ganz offensichtlich, daß Frankreich den Recoverypakt als politisches Druckmittel für sich in Anspruch genommen hat. Wie wir erfahren, beschäftigt sich gegenwärtig auch der Reparationsagent Gilbert mit der Einföhrung der Reparationsabgabe durch Frankreich. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß sich der Reparationsagent dahin entscheiden wird, daß diese Maßnahmen im Widerspruch zu den getroffenen Bestimmungen steht.

Zuversicht auf Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Die Verhandlungen Hoehsch mit Herriot.

F. H. Paris, 14. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der „Internationale“ erzählt in Pariser offiziellen Kreisen, daß man dort den Eindruck hat, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen demnächst wieder aufgenommen werden würden. Der deutsche Botschafter Herr von Hoehsch erklärte bei einem Empfang der Pressevertreter, daß er ebenfall als die Wiederaufnahme der Verhandlungen glauben müsse. Heute befähigte Herr von Hoehsch unsere gestrigen Mitteilungen, daß tatsächlich die deutsche Forderung, daß die Franzosen auf die 26-prozentige Ausfuhrabgabe verzichten sollten, die Ursache für die Unterbrechung der Verhandlungen und für die Reise des Herrn von Trendelenburg nach Berlin war. Herr von Hoehsch gab eine lange Darstellung über den Stand der Angelegenheit, aus der hervorgeht, daß die Reichsregierung bereits in einer Note vom 28. Oktober darauf hingewiesen hatte, daß das Londoner Protokoll zwar für die Uebergangszeit die Möglichkeit vorsehe, daß Deutschland nicht nur an England gemäß dem Recoverypakt, sondern auch an andere Alliierte eine Ausfuhrabgabe bezahle. Aber die Reichsregierung stelle sich ausdrücklich auf den Standpunkt, daß zunächst nur für die Uebergangszeit die Ausfuhrabgabe gezahlt werden könne, und daß diese keine dauernde Einrichtung bleiben würde. Auf diese Note vom 28. Oktober hatte die französische Regierung erwidert, daß es sich nicht nur um eine Uebergangszeit handeln könne, weil dies viel zu kurz sei, sondern daß der Geist des Londoner Protokolls und des Dawesplanes es zulasse, daß die Ausfuhrabgabe dauernd bestehen bleibe. Die Reichsregierung hat sich in dieser Angelegenheit übrigens nicht nur an die französische Regierung, sondern auch an den Generalagenten für die Reparationszahlungen gewandt, der allerdings bisher keine Entscheidung trägt.

Warum Deutschland der Aufrechterhaltung der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe widersteht, ist von uns bereits ausführlich dargelegt worden. Diese bedeutet nicht nur eine Erschwerung des deutsch-französischen Handelsverkehrs und ist nicht nur für die deutschen Verkäufer, sondern auch für die französischen Käufer schädlich und beschwerlich, und sie dürfte schließlich dazu führen, daß wenn außer England und Frankreich auch die kleinen Alliierten die Ausfuhrabgabe einführen wollten, Deutschland auf dem Weltmarkt überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Diese Angelegenheit ist am Montag zwischen dem Ministerpräsidenten Herriot und dem Handelsminister Rannachd einverleibt, den Herren von Hoehsch und Trendelenburg andererseits, besprochen worden. Herriot erklärte aber ausdrücklich, daß die Sache mit dem Handelsvertrag nichts zu tun habe, und er stellte sich auf den Standpunkt, daß Deutschland sich zu den Sachlieferungen bereit erkläre, welche von den Franzosen überhaupt nicht bezahlt würden, sodas das Reich diese den deutschen Kaufleuten mit dem vollen Betrage veranlassen müße, und das somit kein Hindernis dafür vorliegen könne, daß das Reich den deutschen Kaufleuten für Warenlieferungen nach Frankreich 26 Prozent vergelte. Darauf wurde eingewendet, daß die Sachlieferungen allerdings von Deutschland vollzogen werden müßten, weil diese eine Last seien, die Deutschland zu tragen habe aber der Ertrag deutscher Waren könne nicht noch mit einer Abgabe belastet werden. Die Sachlieferungen könne man als eine Art Verkauf im eigenen Lande betrachten, aber was für den freien Handelsverkehr nach Frankreich ausgeführt werde, habe mit Sicherheitsbestimmungen nichts zu tun und insoweit müsse der französische Käufer den deutschen Kaufleuten voll bezahlen.

Herriot behauptete in der Unterredung am Montag, daß Frankreich nicht unter irgendeiner PreSSION verhandeln wolle und daß ihm keine Bedingungen gestellt werden dürften. Hoehsch bestritt den französischen Standpunkt des französischen Handelsministers. Es handelte sich um feinerste PreSSION, die bei den Handelsvertragsverhandlungen

ausgeübt werden soll, sondern um einen Akt der Loyalität. Deutschland wüßte eine Lösung der ganzen Angelegenheit bis zum 10. Januar 1925, weil sonst keine Aussicht bestünde, daß der Reichstag den Handelsvertrag annehmen würde. Vorläufig ist nicht bekannt, ob die Franzosen nachgeben wollen. Persönlich hat der Korrespondent aber nach Erkundigungen an den französischen Stellen den Eindruck, daß ein Ausweg gefunden werden könnte, vielleicht nicht sofort, aber in einigen Wochen, weil Herriot den Anschein vermeiden möchte, als ob er einem Druck der deutschen Unterhändler nachgegeben hätte.

Die deutschen Zahlungen nach dem Dawesplan.

Im September mehr als 83 Millionen Goldmark.

F. H. Paris, 14. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der französische Senator de Lubersac hatte an Herriot eine Reihe von Fragen wegen der deutschen Zahlungen nach dem Dawesplan und wegen deren Aufteilung gerichtet. Herriot teilte ihm nun mit, daß der Generalagent für die Zahlungen bisher von Deutschland 40 000 000 GM., den Besatzungsmächten 14 800 000 GM., im Ganzen 54 800 000 GM. erhalten habe (provisorische Ziffern). Dazu kommen die Ergebnisse des Recoverypakt für September 11 200 000 und 5 400 000 Goldmark, die rekviritiert wurden, ferner Requisitionen im Werte von 2 Millionen Goldmark, Besatzungskosten von 11 Millionen Goldmark, Leistungen aus dem Ruhrgebiet 4 500 000 Goldmark, Posten der Reparationskosten 600 000 Goldmark. Das alles ergibt zusammen mehr als 83 300 000 Goldmark, die Deutschland nach dem Dawesplan zu leisten verpflichtet war.

Andererseits hatte aber der Generalagent für die Zahlungen für die Naturallieferungen mehr zu leisten als diese 83 Millionen, sodas also für den Monat September ein Defizit besteht, welches von den Zahlungen im Oktober gedeckt werden soll. Eine Aufteilung dieser Summe konnte noch nicht erfolgen, weil zwischen den alliierten Sachverständigen keine Einigung besteht.

Lüberfac wollte insbesondere wissen, was mit den Naturallieferungen gesehe. Herriot teilte ihm mit, daß eine deutsch-alliierte Kommission eingesetzt würde, und andererseits soll ein französisches Büro für Naturallieferungen errichtet werden, welches die Aufträge von den französischen Geschäftigen entgegennehmen solle, die von Herriot aufgefördert werden, ihre Kontrakte vorzulegen, damit diese rechtzeitig durchgeführt werden können.

Beginn der italienisch-deutschen Wirtschaftsbesprechungen.

L. U. Paris, 14. Nov. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Rom werden die italienisch-deutschen Wirtschaftsbesprechungen am 4. Dezember beginnen.

Die Rückzahlungen an die Exporteure.

Ein bedeutsamer Brief Gilberts.

U. Berlin, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Wie die Telegraphen-Union von amerikanischer Seite erzählt, hat der Generalagent für die Reparationszahlungen dem Reichsfinanzminister in einem Brief mitgeteilt, daß er der deutschen Regierung für Rechnung der Jahresleistungen nicht irgendwelche Summe gutgeschrieben wird, die seitens der Regierung an und nach dem 1. Dezember 1924 an die Exporteure als Rückzahlungen für die von ihren Fakturen gemachten Abzüge geleistet werden. Auf Grund der Reparationsabkommen können nämlich Summen, die für die vorgenannten Zwecke notwendig werden, nur durch den Generalagenten gezahlt werden, und zwar in dem vom Uebersetzungsomitee genehmigten Umfang. Die Uebersetzungsommission hat in ihrer Sitzung am 31. Oktober 1924 den Generalagenten ermächtigt, Zahlungen auf Grund des Reparationsabkommens bis zur weiteren Beschlußfassung des Transaktionsomitees zu leisten.

Gegenstände in den Verhandlungen über Naturallieferungen.

F. H. Paris, 14. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Nach einer Meldung des „Temps“ sind die Verhandlungen des deutsch-alliierten Komitees wegen der Naturallieferungen zum Stillstand gekommen. Zwischen den deutschen und alliierten Anschaungen bestünden große Gegensätze, weshalb heute beschlossen wurde, einen neutralen Vertreter in das Komitee zu berufen. Sobald diese Persönlichkeit gewählt sein wird, sollen die deutsch-alliierten Verhandlungen neuerlich aufgenommen werden.

Räumung der Flaschenhalle am Montag.

K. Köln, 14. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“ hat die Besatzungsbehörde dem Landratsamt mitgeteilt, daß ab 1. November 1923 nicht besetzt war, wieder geräumt sein wird. Es handelt sich dabei um den sogenannten Flaschenhals, in dem die Städte Rönigswinter und Honnef liegen. Die Besatzung rechnete, wie es in dem Schreiben an das Landratsamt heißt, mit der Mitwirkung der deutschen Behörden zur Unterdrückung aller Kundgebungen vor, während und nach der Räumung. Geräumt werden auch Teile der Bürgermeistereien Much und Nuppsdetero.

Uebergabe der Regiebahn.

* Essen, 14. Nov. (Funknachr.) Die Reichsbahnverwaltung teilt mit: In der Nacht vom 15. zum 16. November ds. J. geht der Betrieb der Regiebahn an die Reichsbahn-Gesellschaft über. Als Uebergabetag gilt Sonntag der 16. November.

Stresemann auf dem Parteitag der D. V. P.

Gegen die Illusionspolitik der Linken und Rechten.

U. Dortmund, 14. November. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Parteitages und Vorträgen der Abgeordneten Dr. Leidig, Dr. Wunderlich und Frau Direktorin Maas-Stettin nahm Reichsaußenminister Dr. Stresemann, von der Versammlung förmlich begrüßt, das Wort. Er wies darauf hin, daß im Wahlauftrag der Sach enthalten sei, daß unser Schicksal durch die Außenpolitik bestimmt werde. Er habe am Donnerstag vor dem Reichszentralauschuß die Richtlinien seiner Außenpolitik dargelegt. „Seit August v. J.“, so erklärte der Minister, „stehe ich an verantwortlicher Stelle für die deutsche Außenpolitik. Sie war verbunden mit der Ruhrfrage, mit dem Ruhrkampf und führte nach London. Dr. Schacht hat von einer „demokratischen Außenpolitik“ gesprochen. (Heiterkeit.) Man kann aber den Sinn einer außenpolitischen Stellungnahme nicht in parteipolitische Fesseln schlagen. Ich muß es ablehnen, von demokratischer oder konservativer Außenpolitik zu sprechen. Dafür hat mir Herr Erkelenz bezeugt, daß es mir am „politischen Fingerpitzengefühl“ fehle. (Große Heiterkeit.) Hier spielt ein Gedantengang mit, dem wir oft begegnen. Man glaubt, moralische Eroberungen damit zu machen, daß man von der deutschen Politik als von einer demokratischen Politik spricht, weil man glaubt, daß die westlichen Demokratien in dem Sinne Anerkennung ihrer eigenen Grundzüge sehen. Die Erfahrungen sprechen nicht für diese Annahme. Es unterliegt keinem Zweifel, daß mächtige Kräfte am Werke sind, die den Sinn dieser Reichstagswahlen darin sehen, einen deutschen Linksblock zu schaffen. (Hört, hört!) Sie erwarten davon außenpolitische Vorteile. Die Erfahrungen sprechen aber dagegen. Wir haben beinahe die Grundzüge der westlichen Demokratien für Deutschland übernommen. Den Frieden von Versailles hat das nicht verhindert. Wir haben eine Regierung des Linksblocks unter Birck gehabt. Da kam die Entscheidung über Oberschlesien und Kattowich fiel an Polen. Die damalige innenpolitische Linksregierung hat also keinen positiven Wert für Deutschland gehabt. (Große Zustimmung.) Auch wird behauptet, wenn wir uns nach links wenden, dann würde die Atmosphäre geschaffen, aus der die außenpolitischen Erfolge erwachsen würden.

Herr Koch hat darauf hingewiesen, daß ich selbst einmal gesagt habe, so fährt der Redner fort, wir müßten Männer an der Spitze der Regierung haben, die einen Fonds von Vertrauen im Auslande besitzen. Gewiß, ich halte Herrn Hitler nicht gerade für sehr empfehlenswert als Staatsminister (Heiterkeit), aber die Außenpolitik darf nicht in das Prokrustesbett der Parteipolitik hineingedrängt werden.

Wir brauchen eine außenpolitische Einstellung, die sich der Begrenztheit ihrer Machtmittel bewußt ist, die wieder Frieden nicht bloß durch Schaffung der Atmosphäre herbeizuführen sucht, sondern die den Begriff der Verständigung als gegenseitiges Entgegenkommen in jähem Ringen aufsaßt.

Bei den Deutschvölkischen brauche ich mich wohl nicht lange aufzuhalten; ich glaube, die Wählererschaft wird sich bei ihnen auch nicht lange aufhalten. (Heiterkeit.) Sie treibt Kraftmeierei, aber keine politische Idee. Anlämpfen müssen wir aber dagegen, daß man auch im deutsch-nationalen Lager nur schwer dazu kommt, die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie ist. Man darf sich nicht eine Macht vorräumen, die man nicht mehr besitzt. Mit der Tatsache der Machtlosigkeit muß endlich auch das Volk rechnen, damit es im gegebenen Moment auch hinter seine Staatsmänner tritt und nicht durch Illusionen die Politik unmöglich macht, die sie führen müssen. (Sehr richtig.) Unsere nationale Politik trennt sich aber auch von den Illusionen der Linken. Diese glaubt, durch Erfüllung und politisches Mundhalten zur Verständigung zu kommen. Dieser Gedanke führte auch zu der Illusion, mit der viele Deutsche dem „Frieden der Gerechtigkeit“ entgegengekommen haben. Dr. Birck hat kürzlich gesagt, die Deutsche Volkspartei solle doch etwas vorsichtiger sein in der Adaptierung der Gedantengänge anderer Parteien, und er hat die heutige Außenpolitik angesehen als die vollkommene Fortführung der Grundzüge, die früher auf diesem Gebiete ihn und seine Partei geleitet hätten. Diese Behauptung ist ebenso abwegig wie die andere, daß die Deutsche Volkspartei in ihrer außenpolitischen Einstellung wirklich etwas geändert habe in Bezug auf die Anerkennung dessen, was man Reparationspflicht nennt, was ich aber „Kriegsschädigung“ nennen möchte.

Wir verwahren uns gegen die moralische Kriegsschuld Deutschlands, wir anerkennen aber die Folgen des verlorenen Krieges, die man, wie ich es schon öfters gesagt habe, nicht wegdisputieren kann.

Augenminister Stresemann erklärte weiter: Wir stehen vor der wichtigen Entscheidung über den

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Es können zwar sehr gewichtige Gründe gegen den Völkerbund vorgebracht werden. Wir kommen aber nicht vorbei an den Stimmen der deutschen Minderheiten im Ausland. Die Frage der deutschen Minderheiten ist eine deutsche Frage.

Wir werden auch keine Erklärung abgeben, die eine moralische Belastung bedeutet. Wir fordern das Recht kolonialer Betätigung in der Welt.

(Beifall.) Wir können wohl mit den Waffen unterliegen, aber wir haben die Berechtigung, den Kopf so hoch zu tragen, wie irgend ein anderes Volk in der Welt.

Außenpolitik

zu und erklärt: „Unsere Haltung über die Hinzuziehung der Deutschen war von rein staatspolitischer Erwägung eingeleitet. Wenn die Republik grundsätzlich die Mitarbeit der Deutschen nationaler zurückweist, dann begeht sie denselben historischen Fehler, den das alte Deutschland begangen hat, als es die Sozialdemokratie nicht heranzog.“

Ausführung des Reichstages

und die Folgen zu sprechen, die sich aus einer Ablehnung der Damesgehe ergeben hätten. Die Ausführung des Reichstages wäre, parteipolitisch gesprochen, das glänzendste Geschäft gewesen, das wir damals beim Dawesgutachten hätten machen können.

Rückblick auf Dortmund.

m. Berlin, 14. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Es ist kein Zufall, daß die Deutsche Volkspartei ihren Parteitag, der die letzten Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen hatte, gerade nach Dortmund einberief.

Die Deutsche Volkspartei vereinigt in sich die nationale, liberale und soziale Empfindung. Wir müssen fest im nationalen Boden wurzeln, Staat, Wirtschaft und Erziehung mit liberalerem Geiste erfüllen und in sozialer Gefühl durch Ausgleich der Gegensätze eine deutsche Volksgemeinschaft erstreben.

vollkommener Geschlossenheit in den Wahlkampf hineingeht, so einzig, daß ein Parteitag kaum nötig gewesen wäre, wenn ihn nicht Sagen und Tradition gefordert hätten.

Der Wahlausruf der Deutschen Volkspartei.

UL. Berlin, 14. Nov. (Drahtbericht.) Der in Dortmund beschlossene Wahlausruf der Deutschen Volkspartei hat folgenden Wortlaut:

Das Schicksal der Nation wird durch die Außenpolitik bestimmt. In ihrem Zeichen steht der Wahlkampf. Unter der Parole „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit“ sind wir in den letzten Wahlkampf gezogen.

Erfolgreiche Außenpolitik steht im Innern Wiedergestaltung des Rechtes und der Staatsautorität, sowie Wiedergestaltung der Wirtschaft voraus. Wir haben im Reich, in Preußen und auch in den übrigen Ländern seit Jahr und Tag die Grundsteine dazu gelegt.

Die Deutsche Volkspartei vereinigt in sich die nationale, liberale und soziale Empfindung. Wir müssen fest im nationalen Boden wurzeln, Staat, Wirtschaft und Erziehung mit liberalerem Geiste erfüllen und in sozialer Gefühl durch Ausgleich der Gegensätze eine deutsche Volksgemeinschaft erstreben.

der Befreiung ist erneut in unerreichbare Ferne gerückt, wenn Radikalismus und Sozialismus zur Herrschaft kommen. Der Vintoblock würde das Rad der Entwicklung noch einmal zurückdrehen und das Volk von neuem in Klassenkämpfe stürzen.

Unter falscher Flagge und irreführenden Parolen ist der Wahlkampf eingeleitet worden. Verfassungsfragen stehen nicht im Vordergrund. Die Grundlage des Staates bedroht nur der, der das Volk nicht zum gemeinsamen Handeln in zwei Teile zerteilen will.

Das Abkommen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei

m. Berlin, 14. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Germania“, das Berliner Organ der Zentrumspartei, bringt einen bedeutsamen Kommentar zu dem Abkommen mit der Bayerischen Volkspartei und stellt fest, daß der Zweck dieses Abkommens der war, dem unheiligen Bruderkampf vorläufig ein Ende zu machen.

Zwei kommunistische Stadträte verhaftet.

UL. Fulda, 14. Nov. (Drahtbericht.) Der Kriminalpolizei ist es gelungen, kommunistische Fußschorbereiterungen auf die Spur zu kommen. Die Feststellungen führten zur Verhaftung von zwei kommunistischen Stadtratsmitgliedern.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Späteren.) Samstag, den 15. November.

- Landestheater: „Bau“, 1. Teil, 6-10 Uhr. Badische Kammerspiele-Konzertsaal: Koffhäuser der Südde. 4 und 8 Uhr. Kolloseum: „S. M. der Herr Bürgermeister“, 8 Uhr.

Aufzeichnungen.

Von Gorbhart Hauptmann.)

Die Kunst ist frei, und so muß auch der freieste Mensch im Staate der Künstler sein. Bewußt der Staat, neben seinen schablonösen Notwendigkeiten die irgend mögliche Steigerung seiner Individuen, so kann er an seinen Künstlern erkennen, wie weit es damit gediehen ist.

Der Künstler braucht Arbeitsillusionen, wie der Forscher Arbeitshypothese braucht; ja Hypothese und Illusion sind funktionell und an sich beinahe das gleiche. Man nehme ein Bild von Rubens und lasse es von van Dyd kopieren: es wird ein van Dyd daraus.

Aus dem sechsten erschienenen Almanach 1925 des S. Fischer-Verlages (Preis 2 A.).

im Kunstwerk, das letzte Formale, das also das Göttliche ist, das also die Schönheit heißt, es wird von den wenigsten überhaupt empfunden! Sie reden aber vielfach davon und vermessen es, wo es ist.

Jedes Menschen Geist ist über alles hinaus synthetisch, und auch Goethes Kraft zur Synthese war diese natürliche, nicht angewöhnliche Kraft. Aber daß er sich in ihrer Wirksamkeit erkannte und gelten ließ, auch über alle logischen Widersprüche hinaus, gab ihr die große Entfaltung.

Die Hände der Nora. Richard Voss erzählt in seinen Lebenserinnerungen ein Erlebnis, das ihm von einem Freunde lebendig berichtet worden ist und das so recht dazu angetan ist, die fast belletrische Inspiration, mit der Voss seine Sätze schuf, zu kennzeichnen.

Die Hände der Nora. Richard Voss erzählt in seinen Lebenserinnerungen ein Erlebnis, das ihm von einem Freunde lebendig berichtet worden ist und das so recht dazu angetan ist, die fast belletrische Inspiration, mit der Voss seine Sätze schuf, zu kennzeichnen.

Ein Kunstwerk aus jüdischem Besitz im Volkspart. Das kunstvolle Gitter um den Garten beim ehemaligen kaiserlichen Winterpalast wird von seinem bisherigen Platz verschwinden, um künftighin als Zaun um den neu eingerichteten Volkspart der Stadt Petersburg zu dienen.

Schlaferartige Antworten. Einige berühmte schlagfertige Antworten stellt Ch. Hünerberg in „Reclams Universalium“ zusammen. Als Philipp II. 1588 einen Geandten an den Papst Sixtus V. schickte, um ihn zu seiner Erhebung Glück zu wünschen, meinte der Papst, unwillig über die Jugend des Abgeandten: „Eurem Herrn fehlen noch die Menschen, weil er mir einen Geandten ohne Bart schickt.“

Erziehung eines saarländischen Heimatmuseums. Die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken beschloß die Errichtung eines saarländischen Heimatmuseums, das aus den bereits vorhandenen Beständen des historischen Vereins und aus großzügigen Spenden zusammengestellt werden soll.

freuen mir die Magazine leer, und Käher und Döhen kann ich immer brauchen.“ — König Heinrich I. wurde bei der Durchreise durch eine kleine Stadt von einer Deputation begrüßt. Kaum hatte der König mit seinem Spruch angefangen, als ein nicht weit davon stehender Geizhals laut rief: „Der König hat nicht zu verziehen war. Dieser erobert nun ebenfalls keine Städte, aber der König sagte: „Meine Herren, reden Sie einer nach dem andern, sonst verzeihe ich keinen.“

Die Entdeckung eines erloschenen. Jan Vermeer, der Delfter Vermeer zum Unterchied von seinen Namensvettern genannt ist bekanntlich heute neben Rembrandt der geachtetste und am höchsten bezahlte holländische Meister, und da sein Werk nur eine sehr beschränkte Zahl von authentischen Werken aufweist, so ist jeder Zuwachs für Kunstgeschichte und Kunsthandel ein Aufsehen erregendes Ereignis.

Der neueste „Eulenberg“. Herberth Eulenberg hat eine neue Bühneninszenierung vollendet, die den Titel „Der rote Mond“ trägt. Das Werk wurde vom Deutschen Nationaltheater in Weimar zur Aufführung erworben.

Ein türkisches Preisauschreiben. Nach Mittel- und aus Konstantinopel wird beabsichtigt in Anzora zur Erinnerung an den Befreiungskrieg der Türkei ein Denkmal in Gestalt einer lebensgroßen Bronzestatue Mustafa Kemal zu errichten. Das zu diesem Zweck veranstaltete Preisauschreiben, zu dem auch ausländische Künstler eingeladen werden, sieht einen Preis von 7500 türkischen Lira (1500 Goldmark) einer 2. Preis von 1000 türkischen Lira (200 Goldmark) und drei weitere Preise von 500 türkischen Lira (100 Goldmark) vor. Erwähnte Entwürfe müssen bis 15. Dezember einreichen sein. Nähere Unterlagen sind von dem Denkmalkomitee in Anzora zu beziehen. (Adresse: Administration du journal Yeni Gun, Anzora.)

Erziehung eines saarländischen Heimatmuseums. Die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken beschloß die Errichtung eines saarländischen Heimatmuseums, das aus den bereits vorhandenen Beständen des historischen Vereins und aus großzügigen Spenden zusammengestellt werden soll. Ein Teil des historischen Materials war bei der Saarausstellung in Frankfurt auf der letzten Messe ausgestellt.

Aus Baden.

Aus der Kirchlich-Positiven Vereinigung.

Die Kirchlich-Positive Vereinigung in Baden hielt am Mittwoch Karlsruher eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die aus dem Teil des Landes sehr zahlreich besucht war.

Am Donnerstag, 14. Nov. (Festhaus). In der letzten Bürgerauswahl wurde die Einrichtung eines Festhauses und zweier Vorzimmer auf dem Weidhof beschlossen.

Am Freitag, 14. Nov. (Das 40-jährige Dienstjubiläum) feiert der Gendarmerie-Kommissar Josef Ladenmeier.

Am Samstag, 14. Nov. (Vermiſt). Vor 14 Tagen ist ein 46 Jahre alter Werkführer von hier seine Familie verlassen.

Am Sonntag, 14. Nov. (Abschied des Hauptlehrers Stürmlinger). Am Sonntag, 14. Nov. (Abschied des Hauptlehrers Stürmlinger).

Am Montag, 14. Nov. (Die Maus in der Umformerkation). Eine Störung im Leitungsgang wurde eine Stromunterbrechung herbeigeführt.

Am Dienstag, 14. Nov. (Zigeunerſchlacht). In Asen kamen mehrere Zigeuner nach einem Pferdehandel und Zechstube in Streit.

Am Mittwoch, 14. Nov. (Vestuben für Schüler). Seit Mittwoch in der Volksschule sogenannte Vestuben errichtet worden.

Am Donnerstag, 13. Nov. (Zur Bürgermeisterversammlung). Der Bürgerausschuss nahm in seiner gestrigen Sitzung von dem Schreiben des Bürgermeisters Dr. Weich über seine Amtsniederlegung Kenntnis.

Am Freitag, 13. Nov. (Der neue Nachttelefonbetrieb). Seit dem 1. November d. J. ist hier der Nachttelefonbetrieb eingerichtet worden.

Am Samstag, 12. Nov. (Rubenſtreiche). Zwei 15 Jahre alte Schüler der höheren Handelsschule waren einen abgerissenen, von einer Telephonanlage herunterhängenden Draht in einer Straße quer über die Straße und Fahrwege in einen angrenzenden Garten, jedoch er in den Strauchern hängen blieb.

Am Sonntag, 13. Nov. (Unter falschem Versteck). Der unfähig von hier gemeldete Einbruchdiebstahl in der Gemeindebasse traf, was die Ermittlung des Langfingers angeht.

Am Montag, 13. Nov. (Unter falschem Versteck). Der unfähig von hier gemeldete Einbruchdiebstahl in der Gemeindebasse traf, was die Ermittlung des Langfingers angeht.

da er sich in der fraglichen Nacht in der Papierfabrik auf Nachtschicht befand. Damit einjüht auch die Behauptung, man habe die entwendeten Schweizer Franken bei seinen Habseligkeiten in seinem Zimmer gefunden.

Abchluss des Falles Herbstler im Freiburger Kommunistenprozess.

Verschiedene Zeugen zogen früher gemachte, Herbstler belassende, Aussagen heute zurück.

Nachträgliche Verteidigung verschiedener Zeugen

SS Freiburg, 14. Nov. Im Verlaufe der Vormittagsitzung wurde weiter der Arbeiter Max Hoffmann aus Lörrach vernommen, der bereits in einer früheren Verhandlung ziemlich schwerwiegende Aussagen gemacht hatte, und zwar hatte er ausgesagt, es sei an der Ecke, wo der Laden des Angeklagten Herbstler sei, in den späten Abendstunden geschossen worden.

Der Angeklagte, Schlosser Otto Herbstler, der aber nicht mit dem Angeklagten Hermann Herbstler verwandt ist, betonte, daß er Herbstler gegen 11 Uhr abends im Bette vorgefunden habe.

Zeuge Hoffmann bleibt dabei, daß er den Angeklagten Herbstler bis gegen 1/3 Uhr morgens, als er nach Hause gegangen sei, wiederholt an der Straßenecke gesehen habe.

Der Zeuge Kriminalbeamter Wöhrl, der seinerzeit den Zeugen Hoffmann vernommen hatte, erklärte auf Befragen, daß der Zeuge Hoffmann bei seiner Vernehmung keinen aufgeregten Eindruck gemacht habe, daß er auf verschiedene an ihn gestellte Fragen flüchtig und klar geantwortet und von sich aus keine Aussagen ergänzt habe.

Auch in der heutigen Vormittagsitzung gab es einen kleinen Zwischenfall. Dieser bestand darin, daß die Verteidiger Dr. Sedel und Dr. Hoffmann dem Präsidenten des Staatsgerichtshofes mitteilten, daß verschiedene Mitglieder der Kommunistischen Partei, darunter auch die Vertreterin der Mannheimer „Arbeiterzeitung“, durch einen Polizei-Inspizitor von der Teilnahme an der Sitzung ferngehalten und ihnen die Zutrittarten abgenommen worden seien.

Der Vorsitzende ließ den betreffenden Polizeibeamten sofort holen. Es stellte sich heraus, daß die eine der drei kommunistischen Zuhörer — eine Stadtverordnete aus Freiburg — deshalb von der Teilnahme an der Verhandlung ausgeschlossen worden war, weil sie sich in früheren Prozessen ungebührlich und ordnungswidrig benommen habe.

Kurz nach 1 Uhr wurde die Verhandlung auf 1/2 Uhr vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung brachte die Verteidigung mit Bezugnahme auf die Aussagen und die Vernehmung des Zeugen Max Hoffmann zwei Beweisurteile ein dahingehend, daß erstens die Frau des Angeklagten Herbstler geladen werden möge, um zu bezeugen, daß ihr Mann in der Zeit zwischen 10 und 11 Uhr nach Hause kam, sich ins Bett legte und die ganze Nacht zu Hause blieb, und daß zweitens der pensionierte Lehrer Höfer aus Lörrach, bei dem der Zeuge Hoffmann acht Jahre in die Schule gegangen war, geladen werden möge, um zu begründen, ob der Zeuge Hoffmann geistig minderwertig ist oder nicht.

Das Gericht beschloß, über die beiden Beweisurteile später Bescheid zu fällen.

Hierauf wurde der Zeuge Alfred Dohler, Schreiner in Lörrach, vernommen. Der Zeuge sagte aus, daß an der Türe zu dem Laden der Frau Herbstler, die jedoch mit dem Angeklagten nichts zu tun hat, ein Gewehr gestanden habe. Herbstler habe sich den ganzen Abend bei den Leuten aufgehalten, aber nicht bei denen, die geschossen hätten.

Auf die direkte Frage des Angeklagten Herbstler an den Zeugen, ob er das wirklich gesehen habe, wiederholte der Zeuge, daß das, was er bei der richterlichen Vernehmung seinerzeit ausgesagt habe, nach seiner damaligen Auffassung richtig gewesen sein müsse.

Auf weiteres Befragen durch die Verteidigung, ob der Zeuge gehört habe, daß Herbstler oder sonst jemand geäußert habe, man solle aufhören mit Schießen, um Munition zu sparen, antwortete der Zeuge, daß er nur gehört habe, wie der Angeklagte Herbstler sagte: „Laßt das Schießen sein.“

Als nächster Zeuge wurde Lagerverwalter Friedrich Kaser aus Lörrach-Stetten vernommen. Zeuge gab an, gehört zu haben, wie Herbstler sagte, man solle die Schießerei aufhören. Daß Herbstler ein Gewehr gehabt habe, sei ihm nicht bekannt.

Als nächster Zeuge wurde Lagerverwalter Friedrich Kaser aus Lörrach-Stetten vernommen. Zeuge gab an, gehört zu haben, wie Herbstler sagte, man solle die Schießerei aufhören. Daß Herbstler ein Gewehr gehabt habe, sei ihm nicht bekannt.

derholt und entschieden, damals nur gesagt zu haben, was er heute auch ausgesagt habe. Daß Patrouillen gekommen seien mit der Parole „Kostan“ könne er nicht mit Sicherheit behaupten. Schließlich befuhrte der Zeuge noch, daß Herbstler an dem fraglichen Abend gegen 1/11 Uhr beim Herbstler Laden wieder von ihm getroffen worden sei, später jedoch nicht mehr.

Auch die anschließend vernommene Zeugin Minna Gremelsbacher (Lörrach) verneinte eine früher gemachte Aussage, wonach eine Bekannte, die ebenfalls als Zeugin geladen ist, ihr gegenüber geäußert habe, der Angeklagte Herbstler hätte eine Bemerkung gemacht, die dem Sinn nach lautete eine ganze Straßenecke müßte geräumt und weggebracht werden, damit man die Schupo austrägen könne.

Frau Emma Hügel aus Lörrach wurde als nächste Zeugin vernommen und gab an, der Angeklagte Herbstler habe ihrem Mann gegenüber die Äußerung getan: „Die Leute, die bei seinem Hinzu kommen bereits im Begriff waren, die Häuser an der Straßenecke zu räumen, weil diese angezündet werden sollten, möchten nun ruhig bleiben, es werde auf keinen Fall Feuer an die Häuser gelegt.“

Der Ehemann der Zeugin, Wäcker Karl Hügel aus Lörrach, bestätigte, daß Herbstler in der fraglichen Zeit zu ihm gekommen sei und beim Anblick der ausziehenden Leute gefragt habe, was los sei.

Nach längerer Unterbrechung verurteilte dann der Gerichtshof seinen Beschluß, dem ersten Beweisurteil auf Verladung der Frau des Angeklagten Herbstler stattzugeben, den zweiten jedoch abzulehnen mit der Begründung, daß das Gericht sich selbst darüber schlüssig werden könne, ob der Zeuge Max Hoffmann geistig minderwertig sei oder nicht.

Als letzter Zeuge wurde Amtsrichter Dr. Künstle gehört, der verschiedene der vernommenen Zeugen seinerzeit in Lörrach verhört und ihre Aussagen protokolllarisch niedergelegt hatte.

Die einzelnen Protokolle wurden den Zeugen vorgelesen und bei den wichtigsten Punkten die Frage an ihn gestellt, ob er bestätigen könne, daß die betreffenden Aussagen durch die Zeugen damals tatsächlich gemacht worden seien. Bezüglich der Aussagen Leo Hubers, der zu Protokoll gegeben hatte, daß es nicht wahr sei, daß Herbstler auch zu ihm und seinen Gefährten gesagt habe, sie sollten nicht auf die Schupo schießen, bezeugte Dr. Künstle, daß Leo Huber von einer der ersten war, die ein Geständnis abgelegt und daß Huber ihm bezüglich seiner Aussagen durchaus den Eindruck der Wahrhaftigkeit gemacht habe.

Der Zeuge führte weiter aus, daß er sich an Einzelheiten der Protokolle naturgemäß heute nicht mehr genau erinnern könne, daß er jedoch bereit sei, mit seinem Eide zu bestätigen, daß er die Aussagen der von ihm vernommenen Zeugen so niedergelegt habe, wie sie seinerzeit gemacht worden seien.

Das gleiche gelte für die von ihm aufgenommenen Aussagen Max Hoffmanns. Uebrigens habe Hoffmann ihm nicht den Eindruck geistiger Beschränktheit gemacht.

Vor Beendigung der Sitzung legte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sedel, dem Gerichtshof ein ihm lobend zugewandenes Telegramm vor, worin ein gewisser Hermann Krebs aus Lörrach bezeugt, daß Herbstler und Bod bei den damaligen Unruhen beruhigend auf die Massen eingewirkt hätten.

Die Verhandlung stellt hierüber entsprechenden Beweisurteil. Der Gerichtshof nahm den Antrag zur Kenntnis. Damit ist die Vernehmung der im Falle Herbstler in Betracht kommenden Zeugen abgeschlossen.

Die Sitzung wurde hierauf auf Samstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Wenn Sie eine Seife für Ihr Gesicht und Ihre Hände — also eine Toiletteseife — gebrauchen, dann bedenken Sie bitte, daß man gute Seifen aus guten Materialien und schlechte Seifen aus schlechten Materialien macht. — Schlechte Materialien sind billig, gute Materialien sind teuer, RAY-Seife wird aus feinsten Fetten und Hühnerhergestellt. Wenn Sie Ihr Gesicht, Ihre Hände, Ihren Körper mit Seife nicht nur reinigen, sondern pflegen wollen, dann wählen Sie RAY-Seife. Nicht auf den Preis, sondern auf die Zusammensetzung des Fabrikates kommt es an. Die raffinierte Zusammensetzung und die Herstellung der Ray-Seife sind ein Geheimnis.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 15. November. Ein Jahr Rentenmark.

Vor einem Jahre, am 15. November, wurde die Rentenmark in den Verkehr gebracht. Ein Aufatmen ging durch das ganze deutsche Volk und seine Wirtschaft. Mit der Einführung dieses wertbeständigen Geldes war der Inflationskatarakt ein energischer Halt geboten.

Der Ortsverein der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltete am Dienstag einen Familienabend. Der Besuch war so stark, daß der kleine Saal der Festhalle bis zum letzten Platz besetzt war. Der Vorsitzende, Prof. Kögler, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß nicht nur in Anhalt, wo bei den Landtagswahlen die Deutsche Demokratische Partei ihre Stimmzahl verdoppelt hat, sondern auch in Baden und besonders auch in Karlsruhe sich neues rotes Leben in der Partei zeige.

Die Arbeitsgemeinschaft der unteren Besoldungsgruppen der Beamtenchaft der Hauptstadt Karlsruhe hatte am Mittwoch abends 9 1/2 Uhr im unteren Saale des Kaffeehause das Besoldungsproblem der unteren Besoldungsgruppen in der Tagesordnung.

Beamten-Versammlung der unteren Besoldungsgruppen.

Die Arbeitsgemeinschaft der unteren Besoldungsgruppen der Beamtenchaft der Hauptstadt Karlsruhe hatte am Mittwoch abends 9 1/2 Uhr im unteren Saale des Kaffeehause das Besoldungsproblem der unteren Besoldungsgruppen in der Tagesordnung.

Als Hauptredner sprach der Obmann der Arbeitsgemeinschaft, E. A. D. Er dankte nach einigen Worten über den Zweck der Versammlung der badischen Staatsregierung, dem Landtag, dem Senat der oberen Staatsbeamten und dem Badischen Beamtenbund, daß sie sich für Besserstellung der Besoldung der unteren Beamten seither schon eingesetzt haben und sich auch jetzt erneut wieder einsetzen.

Landes müsse verlangt werden, daß man den Beamten das gibt, was sie zum Leben notwendig haben. Das äußerste Existenzminimum für einen verheirateten Beamten mit Kind sei im Juni d. J. nach dem sogenannten Armenhaushalt auf 159,40 Mk. errechnet worden.

In der nun einsehenden Aussprache führte Ministerialrat Zimmernann aus: Sie haben durch Ihren Obmann die badische Regierung, das Staatsministerium zu Ihrer Versammlung eingeladen. Als Beauftragter der Regierung danke ich Ihnen für diese Einladung und begrüße die untere Beamtenchaft.

Als Vertreter des Badischen Beamtenbundes sprach Herr Thum, der die Ausführungen der Vorredner unterstützte. Auch der Badische Beamtenbund habe im Sommer d. J. sofort Protest gegen die Besoldungsregelung sowohl beim Landtag wie bei der Regierung eingelegt.

Als Vertreter der Hauptstadt Karlsruhe sprach Herr Thum, der die Ausführungen der Vorredner unterstützte. Auch der Badische Beamtenbund habe im Sommer d. J. sofort Protest gegen die Besoldungsregelung sowohl beim Landtag wie bei der Regierung eingelegt.

Die in überfüllten Säle des Bundeshauses Kaffeehause versammelten Beamten der unteren Besoldungsgruppen der Hauptstadt Karlsruhe bitten die Reichsregierung bei der bevorstehenden Neuverteilung der Beamtengehälter die durch die unsoziale Regelung im Juni ds. J., die sich katastrophal ausgewirkt hat, in schwerem Maße zu berücksichtigen.

Die in überfüllten Säle des Bundeshauses Kaffeehause versammelten Beamten der unteren Besoldungsgruppen der Hauptstadt Karlsruhe bitten die Reichsregierung bei der bevorstehenden Neuverteilung der Beamtengehälter die durch die unsoziale Regelung im Juni ds. J., die sich katastrophal ausgewirkt hat, in schwerem Maße zu berücksichtigen.

Weitere Annahme fand eine zweite in ähnlichem Sinne gefasste Resolution an die Spitzverbände. Um 11 Uhr konnte die Versammlung mit Worten des Dankes schließen.

Eine große Falschmünzerverbände vor dem Karlsruher Schöffengericht

Unter der Anklage, Papiergeld nachgemacht und als echtes in den Verkehr gebracht zu haben, hatten sich am Freitag vor dem Karlsruher Schöffengericht sieben Personen zu verantworten. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, Anfang März ein kaufend Stück Einbillionenscheine und Mitte März mehrere Zehnbillionenscheine der deutschen Reichsbank gefälscht und in Umlauf gesetzt zu haben.

Als Hauptzeuge kommt der 24-jährige Graveur Eduard B. in Frage, der seine früher gemachten Aussagen bei den Erhebungen durch die hiesige Kriminalpolizei in der gestrigen Verhandlung zum größten Teile widerrufen und sich durch die Kreuz- und Quersprüche verweigert. Auch sein Bruder Karl und dessen Ehefrau in der Hauptverhandlung ihre Mithat eingestanden.

Der Angeklagte Franz A. hatte bereits auf dem Straßenseit des Karlsruher Rudertubs Altemann am 12. Januar d. J. einige Einbillionenscheine in Umlauf gesetzt.

Die Angeklagten wurden hierauf in Haft genommen. Der Angeklagte Franz A. hatte bereits auf dem Straßenseit des Karlsruher Rudertubs Altemann am 12. Januar d. J. einige Einbillionenscheine in Umlauf gesetzt.

Die Angeklagten wurden hierauf in Haft genommen. Der Angeklagte Franz A. hatte bereits auf dem Straßenseit des Karlsruher Rudertubs Altemann am 12. Januar d. J. einige Einbillionenscheine in Umlauf gesetzt.

Das Gedeihen der Kinder. behält in erster Linie auf einer sorgsam gepflegten Haut das beste Mittel hierzu ist eine vollkommene, neutrale Seife mit hohem Fettgehalt. Unsere Kibisch Wasser Seife mit dem „Pfeilmark“ ist unschädlich rein und zuverlässig. Sie eignet sich bei jeder Haut für die empfindliche Haut der Neugeborenen.

Hilfe bei vielen Leiden! Piarrer Pfennings Heilmittel. haben sich bei vielen Leiden bewährt. Zahlreiche Danksagen besitzgen die zählende Wirkung bei: Rheumatismus, Gicht, Asthma, Husten, offenen Füßen, Krampfadern, geschwollenen Bandwürmern, Madenwürmern, Stuhlträgheit, Wassersucht, Bleichsucht, Flochten, Krätze, Magen-, Nerven-, Blasen-, Nieren-, Lungen-, Leber- und Gallenleiden usw.

Für die unendlich vielen Beweise treuester Anhänglichkeit, die uns in diesen Tagen zuteil geworden sind, und für alle Ehrungen, die unserem teuren Verstorbenen dargebracht wurden, sage ich, auch im Namen meiner Kinder, meinen wärmsten Dank.

KARLSRUHE, den 14. November 1924.

Lina Braun

geb. Freiin Göler von Ravensburg.

Pfänder-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 19. November, vormittags von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungssaal des Gebäudefiskus...

Danksagung.

Für die vielen Beweise der aufrichtigen Teilnahme an dem für mich so schmerzvollen Verlust meines lieben Sohnes spreche ich auf diesem Wege meinen innigsten Dank aus.

Wilhelm Luger

Photograph

Amalienstraße 85.

Danksagung.

Statt Karten.

Für die überaus zahlreichen Beweise inniger Anteilnahme an dem Heimgang meines lieben Mannes, unseres treubesorgten Vaters, Schwagersohns, Bruders, Schwagers und Onkels sage ich auf diesem Wege herzlichen Dank.

Gengenbach, 13. Novemb. 1924.

Auguste Breunig

geb. Jung.

Außerst günstige Einkaufsgelegenheit in MÖBEL

Möbelhaus Alfred Kary, Kaiserstraße 10, Büro und Lager im Oberz. 2. St. Besondere Teilzahlung gestattet.

Pferd fleisch

wird heute ausgedehnter als sonst angeboten...

Belz verloren

am dem Wege Karlsruher - Mühlheim, abzugeben...

Leib-Granadier-Denkmal Karlsruhe.

Die Entwürfe zu demselben wollen im Laufe des 17. November d. J. in der Städtischen Ausstellungshalle abgeliefert werden.

Der Denkmalausschuss.

Pferde-Versteigerung.

Beginn Aufgabe des Fuhrwerks verleiherer im Dienstag, 18. November, 10 Uhr, Schillerstr. Nr. 27, I. St.

Linoleum

Qualitätsware! Billige Preise! Meisterrichte Verlegearbeiten mit Garantie.



Männer, die das Richtige erfassen, kaufen deutsche Anker-Kassen bei G. Merkle Heidelberg.

Kein Reizen mehr durch Reizweg

Hervorragend wirksam gegen Rheumatismus. Oft verblüffend Erfolg schon nach einmaliger Anwendung.



Kubler's elegant Sweater sind ansehend.

Der große Erfolg

unserer Serientage für

Damen-Konfektion

veranlaßt uns, diese bis Mittwoch, 19. Nov. zu verlängern.

Serie I Mt. 9.50

Mäntel aus guten Flauch-Stoffen Kleider aus reißwoll. Gebirot und Seiden-Tritot

Serie II Mt. 19.50

Reißwollene Flauch-Mäntel und Kleider aus Gabardine u. Wolfrisp

Serie III Mt. 29.50

Mäntel mit Belz-Belag, neuartige Kleider aus Gabardine, Wolfrisp und Seiden-Tritot

Serie IV Mt. 39.50

Mäntel aus Velour de laine, mit und ohne Belagtragen. Elegante Kleider aus Velour de laine Seiden-Matocain und Tuch.

W. Boländer

Verlangen Sie

meine gesetzlich geschützten wohlbekanntesten Spezialmarken!

1. „Schwarzwaldstolz“ echt Schwarzwaldkirsch

2. „Burggold“ echten alten deutschen Weinbrand

3. „Gottesauer Kloster“ den edlen deutschen Likör von Klasse und Rasse in prachtvoller Ausstattung

4. „Animosa Liköre“ Cherry Brandy, Curacao orange, Curacao weiss triple sec, Alasch-Kümmel, Blauorange, Advocaat, Danziger Oo dwasser, Booncamp, Rum, Arrac-Burgunder-Punsch-Essenzen etc.

die in vielen einschlägigen Geschäften erhältlich sind.

Max Homburger

Grossbrennerei 18001 Wein- und Spirituosen-Großhandlung Fernruf 340 Karlsruhe Fernruf 340

Woll-Denna beste unbedruckte Saarfarbe

Woll-Denna 270 beste unbedruckte Saarfarbe

Woll-Denna 270 beste unbedruckte Saarfarbe

Woll-Denna 270 beste unbedruckte Saarfarbe

Woll-Denna 270 beste unbedruckte Saarfarbe

Pfannkuch

Gingetroffen: Neue Maronen

Wfd. 25 Wfd.

Neue Haselnüsse

Wfd. 90 Wfd.

Neue Sprachmandeln (Schalmandeln)

Wfd. 1.40 Wfd.

Neue Calamata Eß-Kranz-Feigen

Wfd. 44 Wfd.

Großbäckerei Sonderpreise.

Pfannkuch

Darmstädter und Nationalbank Kommandit-Gesellschaft auf Aktien Filiale Karlsruhe

Berliner Börse vom 14. November.

Die Kurse verstehen sich in Rentenmarken. Zur Ermittlung des Wertes einer Aktie von 1000 Mk. Nennwert ist den Kursen eine Null anzufügen bzw. der Punkt um eine Stelle nach rechts zu verschieben.

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Wertpapiere, Anleihe, and various bank shares.

Table with columns for various bank shares and companies like Dresdner Bank, Commerzbank, etc.

Table with columns for various bank shares and companies like Reichsbank, Reichsanstalt, etc.

Table with columns for various bank shares and companies like Reichsbank, Reichsanstalt, etc.

